

## Föderalismus vs. Zentralismus?

**Schwarz-Blau setzt**, um den aktuellen Bedürfnissen des Kapitals nachzukommen, auf Zentralisierung, Einsparungen und Personalabbau. Das bringt v.a. Kurz in Widerspruch zu den eigenen föderalistischen Strukturen, die um die finanzielle Basis ihrer Macht fürchten. Doch auch aus Wien gibt es Widerspruch gegen die Bundesregierung.

Seite 2

## Brexit-Krise in Britannien

**Britannien schlittert** in den Brexit, ohne Plan wie es weitergeht. Die Herrschenden haben sich in eine Sackgasse manövriert. In dem drohenden Chaos sind sozialistische Ideen gefragt, um einen Ausweg im Sinne der Arbeiter\*innenklasse zu bieten. Roger Bannister, Sozialist und Gewerkschafter aus England, stellt sich für uns dieser Aufgabe.

Seite 12

## Schwerpunkt

**Schon lange** ist vom „Pflegetotstand“ die Rede. Nun hat die Regierung angeblich einen „Masterplan“. Doch der bedeutet keine Verbesserungen – ganz im Gegenteil.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

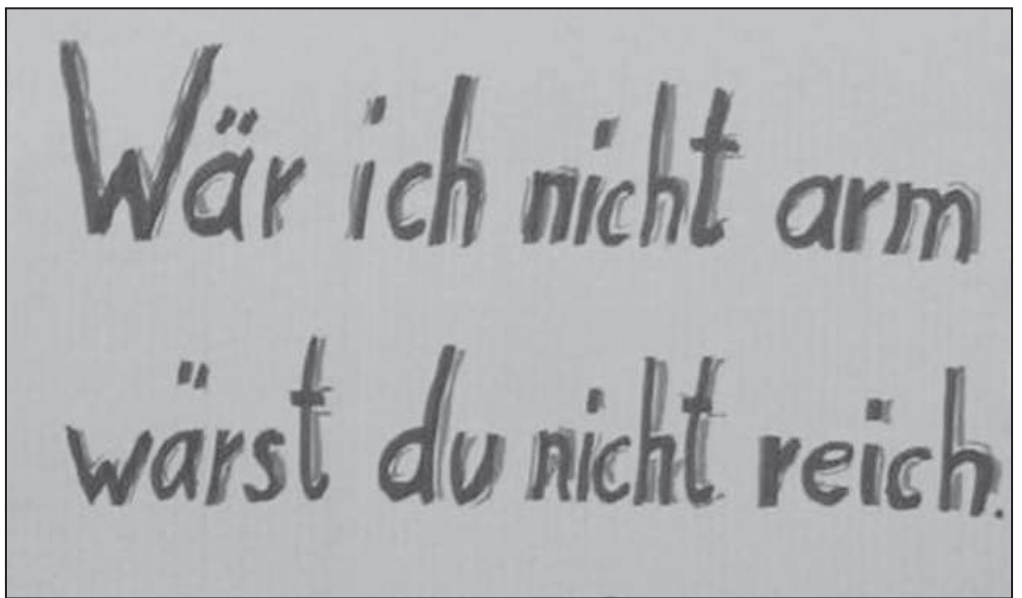
Nr. 274 | 02.19

# ~~Sparen bei den Armen?~~ Streichen bei Reichen!

Die Regierung gibt vor, die Armut zu bekämpfen – in Wahrheit bekämpft sie die Armen. Die Angriffe auf Krankenkassen und Mindestsicherung haben drei Hauptziele: Erstens sollen diese Systeme für die profitorientierten Versicherungen öffnen. Zweitens sollen sie Ausgaben kürzen, um „Schulden abzubauen“ – also Banken zu befriedigen. Und Drittens sollen sie uns alle unten halten: Die Kürzung der Mindestsicherung trifft jene, die ohnehin schon am wenigsten haben. Sie macht erpress-

ihre wahre Fratze zum Vorschein. Ihre „Gerechtigkeit“ ist die Gerechtigkeit des Kapitalismus: Fressen und gefressen werden – eine Gerechtigkeit der Reichen. Sie hetzen gegen Arme, weil sie das Profitsystem vergöttern.

71% derer, die Mindestsicherung beziehen, sind „Aufstocker“ – sie sind Kinder, in Pension oder arbeiten, verdienen aber so wenig, dass sie das, was zum Mindestsicherungs-Niveau fehlt, dazubekommen. Wenn Kurz gebetsmühlenartig



## Gewerkschaften und Betroffene: Kämpfen wir gemeinsam gegen die Regierung der Reichen!

bar, jeden noch so miesen Job annehmen zu müssen, um zu überleben. Sachleistungen sollen die Selbstbestimmung über das eigene Leben einschränken.

Hinter der sozialen Maske der Regierung kommt nun immer mehr

wiederholt: „Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein“, warum werden dann nicht die Löhne erhöht, um das Aufstocken unnötig zu machen? Weil das die Reichen etwas kosten würde, und das wollen Kurz und Strache unbedingt verhindern.

Bis jetzt hat die ÖGB-Führung nur hohle Worte und moralische Appelle geäußert. Doch wir alle können arm, arbeitslos oder pflegebedürftig werden, und es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, alle zu verteidigen, die von Lohnarbeit abhängig sind

– egal ob wir gerade einen Job haben oder Mindestsicherung beziehen oder, wie so viele von uns, beides. Selbstorganisation von Betroffenen, verbunden mit sichtbaren Protesten, ist ein wichtiger erster Schritt – auch um der Gewerkschaftsführung zu zeigen: Wir brauchen entschlossene gewerkschaftliche Kämpfe gegen diese Regierung der Reichen und gegen dieses System der Reichen!

Sebastian Kugler

### Die SLP fordert:

- Nein zu jeder Kürzung! Mindestlohn von 1.700€ und unbegrenztes Arbeitslosengeld in derselben Höhe!
- Gemeinsam kämpfen: Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen mit Selbstorganisation von Betroffenen verbinden!

Der Standpunkt



**von Sonja Grusch** In der „Widerstandsbewegung“ im Jahr 2000 gegen die damalige blau-schwarze Regierung war das Motto „Wir gehen bis ihr geht“. Wir sind weit über ein Jahr gegangen, sie waren bis 2007 an der Macht.

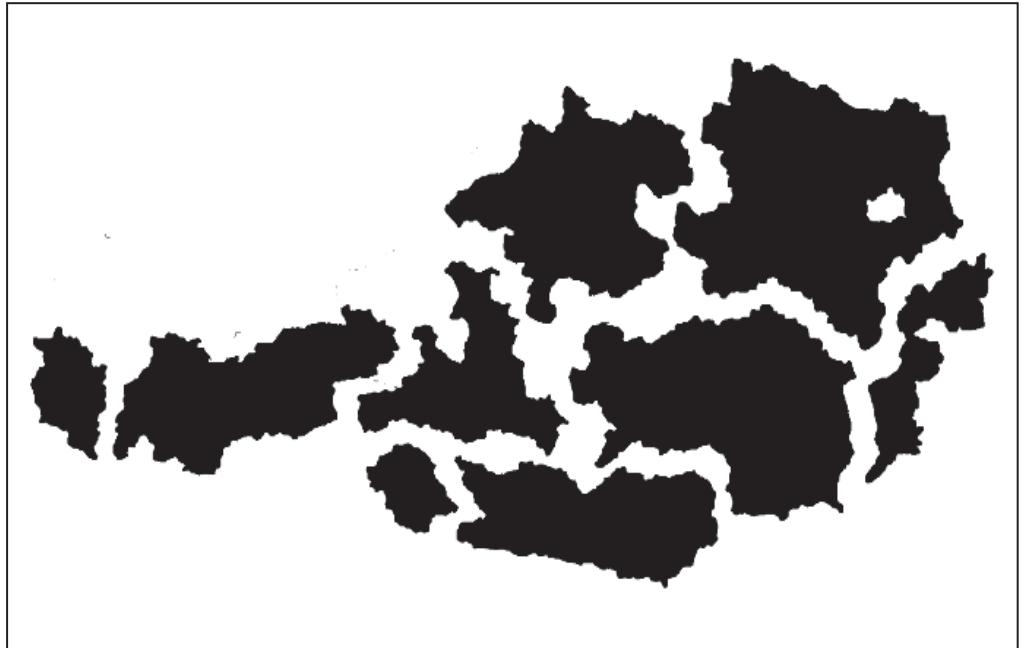
Die jetzigen Donnerstagsdemos finden u.a. unter dem Motto „Wir sind jetzt zusammen“ statt. Sie sind eine der wenigen Möglichkeiten etwas gegen schwarz-blau „zu tun“. Es ist gut, dass sie verschiedene Themen aufgreifen. Es ist gut, dass vorab mobilisiert wird. Es ist gut, dass sie nicht von Promis dominiert sind. Es ist gut, dass es sie gibt. Aber... Auch diesmal wird sich die Regierung nicht verabschieden, nur weil wir oft und in vielen Städten aufmarschieren. Zusammen sein ist dann umso effektiver, wenn wir uns organisieren. Das bedeutet nicht nur, die Donnerstagsdemonstrationen selbst in demokratischen Strukturen zu planen, sondern

## Sitzfleisch gegen Beinarbeit

sie zu nutzen, um den Menschen, die hinkommen oder sie auch nur sehen, ein Angebot zu machen. Eines, wo man über Forderungen diskutieren kann. Wo man die nächsten Kampfschritte planen kann. Wo man nicht nur zusammen demonstriert, sondern auch zusammen entscheidet. Nutzen wir die Plattform der Donnerstagsdemos, um Widerstandskonferenzen zu organisieren. Um eine Strategie zu entwickeln, wie wir ihnen nicht nur die Straßen, sondern die Betriebe lahm legen können. Wie wir die kämpferischen Kräfte in den Gewerkschaften unterstützen können, die die zögerliche Politik von Katzián & Co. durch echten Klassenkampf ersetzen wollen. Um aufzuzeigen, dass diese Regierung die Politik der Kapitalist\*innen macht und auch SPÖ und Grüne keine Alternative sind. All das ist mit Sicherheit nicht einfach und nicht konfliktfrei. Aber notwendig, wenn wir gewinnen und uns nicht nur besser fühlen wollen.

### Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | **Grundlegende Richtung:** Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | **Sitz der Partei:** 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | **Auflage:** Je nach Thema unterschiedlich | **Druck:** digiDruck.at, 1100 Wien, **Herstellungs- und Verlagsort:** Wien | **DVR:** 0820202 | **Zulassungs-Nr.:** 327808W97J **Abo-Zahlungen & Spenden:** IBAN: AT 25600000000 8812733 | **BIC:** OPSKATWW



## Föderalismus/Zentralismus?

**Schwarz-Blau** setzt, um den aktuellen Bedürfnissen des Kapitals nachzukommen, auf Zentralisierung, Einsparungen und

Föderalismus und Aufteilung der Macht zwischen verschiedenen Teilen der Herrschenden. Daher liegen viele Entscheidungs-

gen/gegen Verschlechterungen. Auf regionaler Ebene ist der unmittelbare Gegner greifbarer – Bürgermeister, Gemeinderat – und man kann direkter Druck aufbauen. Aber die eigentlich Verantwortlichen, die den Zugriff auf das Geld haben, sind oft viel weiter weg, nämlich in Landes- oder Bundesregierung und die lokalen Strukturen sehen sich selbst nur als „ausführendes“ Organ der Regierung, welches nur das macht, was „die da oben“ wollen. So oder so reden sich die Verantwortlichen aber auf eine andere Ebene aus und setzen kapitalistische Kürzungen um. Die Lösung ist nicht föderal oder zentral sondern Klassenkampf gegen die Politik der Reichen.

**Stefan Brandl**

### Der zentralistische Umbau von Schwarz-Blau führt zu Konflikten mit eigenen föderalen Strukturen.

Personalabbau. Das bringt sie in Widerspruch zu den eigenen föderalistischen Strukturen, die um die finanzielle Basis ihrer Macht fürchten.

Die traditionelle Schwäche des österreichischen Bürgertums ist Grundlage des Föderalismus. Gibt es keine starke, tonangebende herrschende Klasse, welche die Macht zentralisieren kann, kommt es zu

gewalten bei den Bundesländern und Gemeinden. Kurz' Versuch, Staat und Volkspartei zu zentralisieren, führt v.a. in Gegenden, wo sie immer noch eine schwarze Regionalpartei ist, zu Widersprüchen. Interne Konflikte können die Stabilität auch der Regierung erschüttern.

Zentral oder dezentral ist auch oft die Frage beim Kampf um Verbesserun-

## Stadt gegen Bund

Die **Bundesregierung** versucht mit der Reform der Mindestsicherung, die Ausgaben zu senken. Die Wiener Landesregierung weigert sich, die Reform umzusetzen.

FPÖ-Vizekanzler Strache kündigte bereits an, Kompetenzen durch den „Rechtsstaat“ vom Land auf den Bund zu überführen. Abgesehen davon, dass die Stadt Wien selbst kürzt, hofft man auf eine Einigung am Verhandlungstisch. 1983 zeigte die sozialisti-

sche Stadtregierung in Liverpool unter der Führung unserer Schwesterorganisation, wie man Widerstand gegen den Bund leisten kann. Nach einer Ära der Kürzungen gewann sie mit einem sozialistischen Programm klar die Wahl. Statt Illusionen in Verhandlungen zu haben, weigerte sich Liverpool, Kürzungen mitzutragen, mobilisierte die Arbeiter\*innenklasse und erkämpfte 60 Millionen Pfund für Wohnungen, Kindergärten und Schulen.



## Zentral vs. Kapital

**Zentralismus** und Demokratie werden oft fälschlicher Weise in Widerspruch zueinander gebracht. Doch eine sozialistische Regierung braucht beides: Sie braucht eine zentrale Planung der Wirtschaft, die Übernahme der Banken und die Schlüsselindustrie muss vergesellschaftet werden. Eine sozialistische Regierung könnte sich nicht regional gegen den Druck von z.B. EU und Weltbank stellen, sondern braucht dazu internationale Unterstützung aus der

Arbeiter\*innenklasse. Und sie braucht dazu die demokratischen Strukturen von unten, wo bis in den letzten Winkel des Landes die Menschen die Wirtschaft und die Gesellschaft selbst übernehmen und lenken.

Bei „Föderalismus oder Zentralismus?“ geht es also nicht um mehr oder weniger Demokratie, sondern es ist eine Frage von Kräfteverhältnissen und konkreten Wegen, Klasseninteressen durchzusetzen.



Foto: Screenshot / ooe.gruene.at

## Mit den Bossen gegen Klimawandel?

**2017 flogen** sie aus dem Nationalrat. 2019 planen sie das „grüne Comeback“. Das meint zumindest ihr Bundessprecher Wer-

Presse“ sagte SPÖ-Chefin Rendi-Wagner: „Karl Marx ist mir zu wenig leistungsfreundlich“. Sie propagiert unternehmer-

**Doch welches** Programm bieten die Grünen an? Werner Kogler kritisierte die Ergebnisse des Klimagipfels in einer Aussen-

Blöd nur, dass gerade große Unternehmen und die Finanzwelt die größten Klimaschädlinge sind. Grüne Realpolitik klammert dies aus. Forderungen nach Verstaatlichung der großen Banken und Konzerne finden sich im Parteiprogramm nicht. Stattdessen verweisen die in Innsbruck regierenden Grünen auf kostenlose Beratungsprogramme zum Energiesparen in der eigenen Wohnung, während der Parteichef auf Twitter die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich verunglimpft. Individualisierung gesellschaftlicher Probleme, Ablehnung von Massenprotest und Bekenntnis zum Kapitalismus. Das sind die Grünen.

**Christian Bunke**

*Die Grünen hoffen auf Aufwind. Eine echte, geschweige denn sozialistische, Alternative sind sie nicht.*

ner Kogler im Interview vom 27.12. für den Kurier. Zielgruppe für kommende Wahlkämpfe sollen Frauen, besser gebildete Menschen und Stadtbewohner\*innen sein.

Hilfe für den grünen Aufschwung kommt von der SPÖ. Dort versucht man es nicht einmal mit Opposition gegen den schwarz/blauen Kahlschlag. Im Interview mit der Tageszeitung „Die

freundliche Ideologie gegen sozialistische Ideen und macht dort weiter, wo Christian Kern aufgehört hat.

Das macht Teilen der Grünen vor allem in Wien das Linksblinken einfach. Sie profitieren auch von den wachsenden Sorgen der Menschen vor den Folgen des Klimawandels. Kaum eine grüne Politiker\*in, die nicht über den Klimagipfel in Polen twitterte oder livebloggte.

Freundliche Ideologie gegen sozialistische Ideen und macht dort weiter, wo Christian Kern aufgehört hat. Das macht Teilen der Grünen vor allem in Wien das Linksblinken einfach. Sie profitieren auch von den wachsenden Sorgen der Menschen vor den Folgen des Klimawandels. Kaum eine grüne Politiker\*in, die nicht über den Klimagipfel in Polen twitterte oder livebloggte.

## Die normale grüne Realität

**An der Regierung** sind die Grünen beim Sozialkahl-schlag dabei. In Tirol haben sie fünf Millionen Euro bei der Mindestsicherung gekürzt, aber 25 Millionen für Olympiabewerbung bewilligt. In Vorarlberg haben sie die 20%ige Kürzung der Mindestsicherung mit zu verantworten, in Wr. Neustadt ein parteiübergreifendes Kürzungsprogramm und in Salzburg die Verlängerung der Arbeitszeit von Kindergärten-Pädagog\*innen.

**Die neue „linke“** Wiener Grünen-Vorsitzende Birgit Hebein gab ihre ersten Interviews am Schwendermarkt in Rudolfsheim-Fünfhaus, Wiens ärmstem Bezirk. Der Schwendermarkt gilt lokal als eine der wichtigsten Stadtaufwertungsprojekte, die zur Verteuerung in der Gegend beitragen. Die Grünen sagen, sie seien für bezahlbaren Wohnraum. Doch in ihrer ganzen Selbstdarstellung befeuern sie die Bobokultur.

**30% der** Grünwähler\*innen sind Akademiker\*innen – hier führen die Grünen. Doch gerade junge „besser Gebildete“ sind von prekären Jobs, hohen Mieten und allgemeiner Unsicherheit betroffen. Sie werden immer mehr zu einem Teil der Arbeiter\*innenklasse, während sich die Grünen explizit nicht als Arbeiter\*innenpartei be-greifen und auch keine sind. Auch deshalb wird der grüne Aufschwung nicht von Dauer sein.

**In Wien** diskutieren die Grünen mit der Einführung einer Citymaut eine neue Massensteuer, die vor allem Menschen, die zu ihrer Arbeit pendeln müssen, treffen wird. Gegen Großprojekte wie die dritte Piste am Flughafen Schwechat oder den Lobautunnel haben sie zwar in Worten protestiert, bislang aber keinen Widerstand auf der Straße organisiert. Für solchen Widerstand stehen die Sozialist\*innen der SLP.

### Der rechte Rand

**Die Pferde** können ja nichts dafür. Doch sei es die Schwärmerei der Identitären für Prinz Eugen – freilich stets hoch zu Ross dargestellt –, oder sei es die Besessenheit, mit der Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) seit Jahren die Idee einer berittenen Polizei verfolgt: woher kommt die auffällige Pferde-Liebe der Rechten?

Pferde sind alte Machtsymbole, ihre Reiter sind über den Köpfen der Normalsterblichen. Heutzutage ist es gerade das Unzeitgemäße an ihnen, das wirken soll: Der Einsatz von Pferden soll alte Herrschaftstraditionen heraufbeschwören. Kein Wunder, dass Kickls berittene Polizei von Viktor Orbán, rechts-nationalistischer Premier der „Reiternation“ Ungarn, freudig begrüßt wurde. Das „Ungarische Amtsblatt“ („Magyar Közlöny“) berichtete von der Entscheidung Orbans, „zwei im staatlichen Besitz befindliche Pferde der Rasse Nonius der Republik Österreich unentgeltlich zu überlassen.“ Einem geschenkten Gaul schaut auch Kickl nicht ins Maul.

Natürlich soll auch an die Tradition von Pferden als Mittel der Repression angeknüpft werden. Dass gerade in Tumulten Pferde schwer zu kontrollieren und entsprechend gefährlich sind, gehört zum brutalen Kalkül. Berittene Polizei wurde immer wieder zur brutalen Bekämpfung von Arbeiter\*innen eingesetzt – vom Justizpalastbrand 1927 mit mindestens 89 Toten bis zum „Battle of Orgreave“ im britischen Minenstreik 1984 mit über 120 teils Schwerverletzten. Auch heute werden im UK Pferde gegen Demonstrant\*innen und Fußballfans eingesetzt.

**Alexander Svojtko**

## Wahl zur Arbeiterkammer

Die Arbeiterkammer(AK)-Wahl steht ganz im Zeichen einer Regierung, die versucht, die Interessensvertretungen der Arbeiter\*innenklasse zu schwächen. Uns wird erklärt, dass sie durch Steuergelder und Mitgliedsbeiträge die Österreicher\*innen belasten. Im Fall der AK werden wohl eher die Unternehmen „belastet“, von denen sie allein 2017 507 Millionen € für ihre Mitglieder erstritten hat. Das tut die AK auf Grundlage der bestehenden Gesetze. Nur hat das Kapital jetzt eine Regierung, die voll motiviert diese Rahmenbedingungen an die Wünsche der Wirtschaft anpasst. Da helfen noch so viele Studien über zu hohe Arbeitsbelastung und dergleichen wenig bis nichts. Die harte Realität ist, dass man mit sozialpartnerschaftlicher „Vernunft“, wie sie ÖGB und AK praktizieren, nicht erst seit heute, die Interessen der Beschäftigten nicht mehr durchsetzen kann.

Der starke Einfluss von SPÖ und ÖVP spiegelt sich stark in der Praxis wider und soll vor allem die Massen ruhig halten. Es fehlt eine richtige Arbeiter\*innenpartei! Auch deshalb brauchen wir eine starke linke Kraft in AK und ÖGB, die es schafft, mit einem kämpferischen Programm die Arbeiter\*innenklasse zu

organisieren und auf Widerstand auf der Straße und in den Betrieben vorzubereiten. Dazu gehört auch eine sozialistische Perspektive, die den Massen die kapitalistische Logik der Konkurrenz von alles und jeder/m aus den Köpfen wäscht und die Möglichkeit einer demokratisch geplanten Wirtschaft, die sich an Bedürfnissen orientiert, aufzeigt.

**Für eine** kämpferische Politik stehen bei dieser Wahl Kandidat\*innen des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) und der KOMintern. Sie müssen mit ihrem Programm aber auch aktiv in den Betrieben gemeinsam mit den Beschäftigten an der Umsetzung arbeiten, so wie es ZB Selma Schacht von KOMintern in Wien oder Thomas Erlach vom GLB in Oberösterreich, beide Betriebsräte im Sozialbereich, machen. Ein starkes linkes Abschneiden wird der Regierung nicht gefallen! Linke Gewerkschafter\*innen können das AK-Parlament als Bühne benutzen – aber das AK-Parlament ist wie auch das „normale“ Parlament nicht das Instrument, um die Gesellschaft zu verändern. Der Wunsch nach Veränderung ist groß. Ein erster Schritt wäre es jetzt, die bremsenden Bürokrat\*innen in ÖGB und AK zu überwinden.

**Thomas Hauer**



## Werbe-KV: Kampf auf Raten

Die Erhöhung für 2019 sieht auf dem Papier nicht so schlecht aus: 2,2% plus 25,- Euro auf die Mindestgehälter. Al-

mern und sich auf den Doppelabschluss einzulassen – denn der Kampf gegen den 12-Studentag (der Werbe-KV hat keine

jahr wird es betriebsübergreifende Betriebsversammlungen geben – das ist ein wichtiger Schritt, um die Kolleg\*innen zu vernetzen und Forderungen (IST-Lohnerhöhung, 10-Stundenklausel, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, ...) sowie Kampfmaßnahmen zu diskutieren. Es braucht Transparenz in den Verhandlungen. Und es darf nicht über die Köpfe der Beschäftigten entschieden werden – ein Verhandlungsergebnis muss durch die Belegschaften demokratisch bestätigt werden. So kann ein "KV Neu" mit Verbesserung erkämpft werden.

**Laura Rafetseder,**

Ersatzbetriebsrätin bei OTS, Unternehmen im Werbe-KV

**Rasche Einigung bei Löhnen – Kampf um Arbeitszeit ausgespart – Mobilisierung nötig und möglich!**

lerdings ist es ein Doppelabschluss (Inflation plus 0,5% für 2020). Und: Das Rahmenrecht wurde ausgespart und in den "KV-Neu Reformprozess" integriert. In den nächsten Monaten steht daher der Kampf um die Arbeitszeit an.

Es war ein Fehler, die Arbeitszeit aus der Lohnrunde auszuklam-

10-Stundenklausel) ist isoliert vom Kampf für höhere Löhne schwieriger zu mobilisieren. Die Unternehmen können einfach die Verhandlungen schleifen lassen, und der 12-Studentag gilt bereits.

Aktionen und Kampfmaßnahmen können die Unternehmen aber unter Druck setzen. Im Früh-

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

### + Streik gg. Frauenmorde

2018 verzeichnete einen traurigen Rekord bei Morden an Frauen in Österreich. 2019 geht es weiter. Die Täter sind meist (Ex-)Partner. Nun „reagiert“ Frauenministerin Bogner-Strauß (ÖVP) und verspricht „100 neue Plätze bis 2022 in Frauenhäusern“. Das ist zu spät und zu wenig. Frauen brauchen leistbare Wohnungen und Einkommen, von denen man unabhängig leben kann. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, genau das

zu erkämpfen. In Israel kam es am 4. Dezember 2018 zu Protesten und Streiks im ganzen Land gegen die Morde an Frauen. Der israelische Gewerkschaftsbund hat zwar nicht selbst Streiks organisiert, aber zumindest Druck auf Unternehmen aufgebaut, Frauen bei voller Bezahlung frei zu geben, um teilzunehmen. Die Regierung beschloss als Reaktion 12 Millionen Euro für den Kampf gegen häusliche Gewalt.

### - ÖGB und Standortlogik

Die Regierung „missbraucht die Rot-Weiß-Rot-Card“ erklärt der ÖGB in seiner Zeitschrift „Solidarität“. Beklagt wird, dass Fachkräfte aus dem Ausland geholt statt hier ausgebildet werden. Die Kritik an schlechter und fehlender Ausbildung ist korrekt. Die Frontstellung gegen ausländische Beschäftigte ist es aber nicht. Die Gewerkschaftsführung befürchtet, dass so ein „Billiglohnsektor“ entsteht. Doch ein Billig-

lohnsektor ist die Folge einer schwachen Gewerkschaft, die sich nur auf einen Teil der Beschäftigten beschränkt. Wenn die Gewerkschaft diese ausländischen Kolleg\*innen organisiert und wenn sie offensiv und kämpferisch für höhere Löhne für alle eintritt, dann steigt das Lohnniveau ebenfalls für alle. Statt Standortlogik und Liebäugeln mit rassistischer Ausgrenzung braucht es kämpferische Gewerkschaften!

### - Sklaverei

Im Zuge der Französischen Revolution wurde 1794 in Frankreich als einem der ersten Länder die Sklaverei abgeschafft. 225 Jahre später gibt es mehr Sklav\*innen als je zuvor: Geschätzte 40 Millionen. Auch ist der Übergang zwischen Sklaverei, Zwangsarbeit und dem Zwang, sich sein Leben mit unangenehmer Arbeit zu finanzieren im Kapitalismus oft fließend. Kein Wunder, wenn in Ungarn gegen die „Sklavengesetze“ protestiert wird.



# Crunch ist kein Spiel!

**Ein Rekord** jagt den nächsten: Videospiele, ganz gleich ob auf der Konsole oder am PC, sind längst den Lan-Parties jugendlicher Kinderzimmer entwachsen. Ganz gleich ob im „Core-Gaming“ (GTA5 hat sechs Milliar-

Wenig verwunderlich kommt es so in regelmäßigen Abständen zu Berichten über die Horrorzeit des „Crunch“ wie z.B. aktuell bei Rockstar kurz vor der Fertigstellung des Mega-Hits Red Dead Redemption 2. Als Crunch be-

stunden gebeten, gedrängt und im schlimmsten Fall genötigt. Dies kritisierte beispielsweise ein Brief von Lebensgefähr\*innen verschiedener Rockstar-Entwickler\*innen, die ihre Angehörigen wochenlang nicht zu Gesicht beka-

platz. Die dem Kapitalismus innewohnenden Grenzen zwischen den Eigentümer\*innen und den Angestellten einer Firma werden durch modern klingende Schlagworte (Teamleiter\*in, Partner\*in, etc...) verschleiert. Die Leidenschaft der Beschäftigten für ihr Produkt wird ausgenutzt, um sie noch effektiver auszubeuten.

Aktivist\*innen auch klar gegen reaktionäres Gedankengut und sind aktiv gegen Sexismus, Rassismus und Homophobie in der stark männerdominierten Branche. Widerstand zahlt sich aus: Die Synchronsprecher\*innen der „Screen Actors Guild“ haben über ein Jahr gegen elf Unternehmen gestreikt. 2017 erkämpften sie transparentere Gehaltsverhandlungen und das Recht auf Bonuszahlungen. Anders als der CEO von CD Projekt RED (The Witcher), Marcin Iwiński kundtut, ist Crunch kein „notwendiges Übel“, es ist ein kapitalistisches. Die Organisation der Beschäftigten in GWU kann ein erster Schritt dagegen sein. Abschaffen lässt sich Crunch jedoch nur, wenn wir es mit dem Endboss aufnehmen – dem Kapitalismus.

**Moritz Erkl**

## In der schönen neuen Welt der Videospieleindustrie wächst der Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen.

den Dollar eingespielt) oder auf den Smartphones dieser Welt. Parallel dazu wächst logischerweise auch die Gameindustrie. So hatte die Spieleschmiede „Sony Group“ zu ihren höchsten Zeiten 180.500 Beschäftigte, große Publisher wie Electronic Arts, Ubisoft, Activision-Blizzard oder Rockstar unterhalten global dutzende Studios.

zeichnet man jenen Zeitraum vor der Veröffentlichung oder dem Erreichen eines wichtigen internen Meilensteins, in welchem noch besonders effektiv an dem Produkt gearbeitet wird. Um die letzten Stellschrauben zu optimieren, die letzten „Bugs“ zu „fixen“ und das Spiel zu „polishen“, werden die Beschäftigten zu 60-100 Wochen-

men. Ein ehemaliger Mitarbeiter von Rockstar-Vienna erinnert sich: „Crunch heißt, das eigene Leben unter das notwendige Minimum zu drücken: Nebenbei essen & trinken, wenig schlafen. Mehr nicht. Am Ende sitzt du da und schaust eine Wand an.“

Basis dieser Ausbeutung ist der sogenannte „horizontale“ Arbeits-

**Zu Recht** regt sich hier Widerstand. So haben sich bereits in den USA, Australien und Europa lokale Ortsgruppen der Basisgewerkschaft „Game Workers Unite“ (GWU) gegründet. Die international vernetzten Gruppen greifen lokale Kämpfe auf, unterstützen Streiks in der Computerspielindustrie und bekämpfen die tagtägliche Ausbeutung der Beschäftigten. Dabei stellen sich ihre

## Trotzki

**Aktuell findet** man auf Netflix die russische Serie „Trotzki“. Wer sie länger als 10 Minuten aushält, sieht sich mit sexistischer und antisemitischer Geschichtsfälschung konfrontiert. Anlässlich des 100. Jahrestages der Russischen Revolution war es den Herrschenden offensichtlich wichtig, den Revolutionär möglichst negativ darzustellen. Was auch etwas darüber sagt, wie sehr sie sich vor sozialistischen Ideen fürchten...

## Investition Opernball

**Am 28.2.** findet wieder der Opernball statt. Der Eintritt kostet 315,- – ein Lehrling im Kleidermachergewerbe muss dafür ein Monatsgehalt hinblättern. In Wien kriegt man dafür fast eine Jahreskarte der Öffis. Wer zusätzlich 23.600,- locker macht, kann in einer Rangloge Hof halten (Konsumtion noch nicht einberechnet). Auch wenn sich die aktuelle Regierung eher zurückhält mit der Teilnahme und sich bescheiden

gibt, so sind ihre Hintermänner (und -Frauen) aus der Wirtschaft doch vertreten. In den Logen werden Pläne gewälzt. Denn bei solchen Bällen geht es weniger ums Tanzen, sondern ums Netzwerken. Und die Ergebnisse dieser Netzwerke der Reichen und Mächtigen sehen wir dann in den Regierungsvorschlägen. Z.B. Bei Steuererleichterungen für Unternehmen – die sie dann wieder in exklusive Ballkarten investieren.

## Essverbot

**Das Speisen** von Nusskipferln & Co. ist in Wiens U-Bahnen nicht mehr erlaubt. Danken darf man der zuständigen SPÖ-Stadträtin Sima. Im Sommer verteilte sie Deos an Fahrgäste der U6, wohl weil die Prolet\*innen alle so stinken. Das Essverbot hält sie für nötig, weil arbeitende Menschen angeblich keine Manieren haben. Sima gab Anfang des Jahres der FPÖ-nahen Zeitung „alles Roger“ ein Interview. So wird Rot-Blau vorbereitet.

## Lauda (70)

**Bekannt** wurde er als Rennfahrer. Wie er sich nach dem Unfall 1976 zurückkämpfte, mit entstelltem Gesicht in die Öffentlichkeit trat und den Titel im selben Jahr nur knapp verpasste. Das hat ihm zu Recht viel Anerkennung gebracht. Bekannt ist er auch als beinhardter Manager. Lauda ist auch eine neoliberale Speerspitze: Gegen Arbeitsschutz, Löhne und Gewerkschaftsrechte. Dafür hat er die Bewunderung der Reichen.

## SLP: Aktiv im Sozial- und Pflegebereich

Viele Beschäftigte im Sozialbereich wollen gegen schlechte Bezahlung, wachsenden Arbeitsdruck und den Sozialabbau aktiv werden. Das zeigte sich u.a. beim Warnstreik im Februar 2018. Ein Problem damals: Das Fehlen der Kolleg\*innen von Caritas und Diakonie, die eigentlich die gleiche Arbeit machen. „Sozial, aber nicht blöd“ – kurz „SANB“ – setzte hier an: Mit eigenen Buttons und der SANB-Zeitung traten wir für gemeinsame Forderungen und einen gemeinsamen Kampf in allen Kollektivverträgen des Sozialbereichs ein.

Leider schließen sich z.B. die Verhandler\*innen der Caritas für ihren KV nicht der SWÖ-Forderung nach einer Gehaltserhöhung von 6% an. Die SANB-Caritasgruppe wandte sich deshalb in einem offenen Brief an die Betriebsräte der Wiener Caritas. Dieser Brief wurde von vielen Beschäftigten der Caritas und einigen Teams unterstützt. Bei so mancher Weihnachtsfeier traten Kolleg\*innen mit 6%-Buttons auf.

Wichtig ist die Vorbereitung von Streiks. Denn Streiks werden sicher nötig sein, um die relativ hohen Forderungen zu erkämpfen. Im Dezember organisierte SANB einen sehr gut besuchten Streikworkshop, Einladungen in die Bundesländer folgten, weitere

sind geplant. Es gibt viel Interesse an den SANB-Zeitungen, vor und in Dienststellen, verbunden mit Gesprächen mit Kolleg\*innen. In Vöcklabruck (OO) organisierte die SLP-Ortsgruppe erfolgreiche Betriebsverteilaktionen.

Die SLP hat SANB mit gegründet und arbeitet nach Möglichkeit auch beim neuen „BündnisFlüchtlingsarbeit“ mit. SANB ist ein Angebot an wütende Kolleg\*innen, sich nicht zu „vernetzen“, sondern sich zu organisieren. Es geht darum, im Betrieb, auf der Straße, am Arbeitsamt und innerhalb der zuständigen Gewerkschaften für echte Verbesserungen gemeinsam aktiv zu werden. Heute sind die große Mehrheit jener, die bei SANB aktiv sind, neue Kolleg\*innen, die etwas tun wollen. Typisch dafür war die Kundgebung gegen die Kürzung der Mindestsicherung am 11.1. in Wien-Favoriten (gemeinsam mit dem BündnisFlüchtlingsarbeit): Von über zehn Redebeiträgen war die große Mehrheit von neuen Aktivist\*innen. Dieses gefestigte Engagement kämpferischer Kolleg\*innen und deren Zusammenarbeit im Betrieb wird bei kommenden Kämpfen eine wichtige Rolle spielen.

**Michael Gehmacher,**  
Flüchtlingsbetreuer



## „Nicht mit mir“ für 2019

Wir eröffneten das Seminar mit einer Diskussion zur Frage des Verhältnisses von sozialistischem Feminismus zu Identity Politics. Nach

Herangehensweisen zu finden. Man merkte die Aktualität der Themen speziell bei der Diskussion zu Identity Politics. Identity Politics entstan-

in all ihrer Vielfalt gegen das auf Unterdrückung basierende kapitalistische System. Identity Politics klammern das jedoch aus und re-

*Am 5.1.2019 starteten wir mit einem sozialistisch-feministischen Seminar in das neue Jahr.*

der Mittagspause ging es weiter mit einem Start in die Debatte zu Sexarbeit und Prostitution. Abgeschlossen wurde das Seminar mit einem Argumentationstraining, bei dem die 17 Teilnehmer\*innen von Situationen berichten können, in denen Sie mit gewissen Argumenten konfrontiert waren, mit dem Ziel, in der Gruppe mögliche Antworten und

den aus der Bestrebung, die Bedürfnisse von bestimmten unterdrückten Gruppen zu artikulieren. Es ist wichtig für eine Bewegung, spezielle Unterdrückungsformen bestimmter Gruppen anzuerkennen. Der sozialistische Feminismus betont allerdings die Notwendigkeit, aber auch die Chance des gemeinsamen Kampfes der gesamten Arbeiter\*innenklasse

duzieren uns auf voneinander abgegrenzte Identitäten. Dadurch schaden sie Bewegungen. Wir müssen nicht alleine für unsere jeweiligen Bedürfnisse kämpfen, weil unsere Bedürfnisse einander nicht widersprechen. Wir können es uns nicht leisten, im Kampf um Befreiung unsere gemeinsame Stärke nicht zu nutzen.

**Ella Kempter**

## Donnerstags für Bildung



Auch bei der 13. Donnerstagsdemo in Wien am 17.1. war die SLP wieder vertreten. Es ging um das Thema „Bildung“. Ein Bereich, wo die SLP schon vor einem Jahr die Initiative gesetzt hat, die später zur Gründung des Aktionsbündnis Bildung geführt hat. SLP-Aktivist\*innen haben nicht nur im Vorfeld der Demo vor Wiener Schulen verteilt, sondern wir waren mit Lernenden, Lehrenden und El-

tern vertreten. Wie auf jeder Demo auch diesmal dabei war unser Transparent mit dem Slogan „Schwarz-Blau wegstreiken“. Weil es nicht reicht, zu demonstrieren, sondern es nötig ist, den nächsten Schritt zu machen und die Herrschenden dort zu treffen, wo es ihnen wirklich weh tut. „Ihr habt recht, es reicht nicht, nur jede Woche zu demonstrieren“ machte eine Demonstrantin deutlich.

## Andere über uns

Wenn Linke Kinder einspannen: Ein „Flashmob“ für... ..ja wofür eigentlich?



Das FPÖ-nahe Hetzportal „Unzensuriert“ schreibt wütend über einen „Flashmob für den Frieden“ in Wien Brigittenau und fragt empört, was „ultralinke“ „SLP-Aktivist\*innen“ dort zu suchen hätten. Die Antwort: Nichts. Wir wussten nichts von der Aktion und niemand von der SLP war vor Ort. Das Bild zu den Fake News im Unzensuriert-Artikel stammt auch nicht von dem Flashmob, sondern von einer Demo vor über 5 Jahren.

# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Masterplan gegen Betroffene

**Dass wir alle** einmal Pflege in irgendeiner Form brauchen werden, ist den meisten Menschen bewusst. So stehen in vielen Umfragen die Themen Pflege und Gesundheit ganz vorne. Verbreitet ist auch das Bewusstsein darüber, dass das System für die Betroffenen nicht mehr tragbar ist. So ergab eine SORA-Umfrage, dass

Es ist gut, dass Menschen nicht mehr ihr Ersparthes oder Haus aufwenden müssen, obwohl sie ihr ganzes Leben ins System eingezahlt haben. Doch eigentlich braucht es einen völlig anderen Ansatz, um Pflege und Gesundheitssystem zu finanzieren – nämlich als ersten Schritt eine massive Umverteilung von

schon jetzt müssen Betroffene selbst noch geschätzt ein Viertel der Kosten dazuzahlen (oder mehr!).

Reiche reicher und Arme ärmer machen ist der „Masterplan“ der schwarz-blauen Regierung. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge („Lohnnebenkosten“) reduziert vor allem

werden kann. Die eine würde noch mehr finanzielle Belastungen für die Einzelnen bedeuten (und Unternehmensbeiträge umgehen), und die andere Variante werden sich viele nicht leisten können. Möglich ist auch eine Mischung, also eine Pflichtversicherung als zusätzliche Abgabe mit Profiten für private Versicherungen unter staatlicher Subvention. Die Versicherungsgesellschaften freuen sich schon jetzt über ein neues profitables Geschäftsfeld.

Der neue „Masterplan Pflege“ unterstreicht diese Stoßrichtung. Mit dem klingenden Spruch „Pflege daheim vor stationär“ nutzen sie den Wunsch aus, Pflege nicht in den kaputtgesparten Altenheimen, sondern im eigenen Umfeld geschehen zu lassen – während sie aber in Wahrheit weiterhin pflegende Angehörige im Stich lassen und damit das Sparen bei den Einrichtungen rechtfertigen. So wird der Personalmangel nicht wirklich

angegangen. Zum Beispiel sollen im schwarz-blauen Oberösterreich keine neuen Heimplätze geschaffen werden. Die Verantwortung bleibt damit vor allem bei den Frauen, die ihre Angehörigen unentgeltlich zu Hause pflegen. Für diese Gruppen wird es auch keine Erhöhung des viel zu niedrigen Pflegegelds geben und das System der 24-Stunden-Pflege wird zunehmend untragbar. Die geplanten Qualitätskontrollen sind zahllos und die Kürzung der Familienbeihilfe für genau jene Frauen aus Osteuropa stellt einen Einkommensverlust dar, der viele dazu bringen wird, hier nicht mehr zu arbeiten.

Es wird deutlich: Der „Pflegetotstand“ ist bewusst hervorgerufen, weil im Kapitalismus Arbeitskräfte billig sein müssen, „unproduktive“ Menschen wertlos sind und mit allem Profit gemacht wird, auch mit unserer Gesundheit.

**Jan Millonig,**  
Pfleger

### *Die Regierung treibt das Pflegesystem bewusst in den Abgrund, wo schon die privaten Profiteure lauern.*

über die Hälfte der Befragten sich schlecht abgesichert fühlt. Bis 2030 sollen sich die Gesamtkosten für Pflege verdoppeln. Doch es gibt kein ernsthaftes Konzept zur Finanzierung des Bedarfs.

Mit Abschaffung des Pflegeregresses, ohne eine alternative Einnahmequelle, haben die herrschenden Parteien (allen voran die SPÖ, mit Zustimmung aller Parteien) dem System endgültig ins Knie geschossen.

oben nach unten. Dem hat Schwarz-Blau aber eine dezidierte Absage erteilt. Die Gewerkschaften fordern zwar am Papier Vermögenssteuern, aber ein offensiver Kampf dafür findet nicht statt. Jetzt bleibt die Finanzierungstür offen für weitere Belastungen der arbeitenden Menschen und für den Einzug privater Versicherungen.

Das ganze System wird ohnehin aus unserer Arbeit finanziert, doch

die Kosten für die Unternehmen und bringt uns den Abbau des öffentlichen Gesundheitssystems (siehe AUYA- und Sozialversicherungs-Reform). So wird nicht nur der „Faktor Arbeit“ günstiger, sondern der ganze Bereich der Privatisierung geöffnet.

Schwarz-Blau liebäugelt mit einer „Pflegeversicherung“, die entweder als Pflichtabgabe oder als freiwillige private Vorsorge eingeführt



## Zahlen und Fakten

### Zu Hause:

- 450.000 Menschen in Österreich beziehen Pflegegeld, brauchen also Pflege und Betreuung. 83 % davon sind zu Hause, nur 17 % in Pflegeheimen. Mit 950.000 Personen übernehmen pflegende Angehörige den Hauptteil der Pflegearbeit – darunter über 40.000 Kinder. Insgesamt sind 1,4 Millionen Menschen direkt vom Thema betroffen. (Quelle: Sozialministerium)
- Obwohl alleine in Oberösterreich bis 2025 gut 1.500 zusätzliche Pflegeplätze aufgrund der demografischen Entwicklung gebraucht würden, will die Landesregierung keine zusätzlichen Alten- oder Pflegeheimplätze mehr schaffen. (Quelle: Soziallandesrat OÖ)

### Weiblich:

- Über 63 % der Pflegegeld-Bezieher\*innen und ca. 80 % der pflegenden Angehörigen sind Frauen.
- 92 % der Pflegekräfte bei mobilen Diensten und 84 % in Altenheimen sind Frauen. (Quelle: Sozialministerium, Statistik Austria)

### Pflegegeld:

- 68 % sind von der angekündigten Erhöhung des Pflegegeldes ausgeschlossen, v.a. jene, die zu Hause gepflegt werden.
- Seit der Einführung des Pflegegeldes 1993 betrug der Wertverlust durch die

Inflation 35 %! (Quelle: Martin Greifeneder)

**24-Stunden-Pflege:**

- 4/5 der 65.000 24-Stunden-Pfleger\*innen stammen aus Rumänien und der Slowakei. 61 % sind Alleinverdiener\*innen. 30 % von ihnen geben an, ihre Tätigkeit in Österreich zu beenden, wenn die Familienbeihilfe für Kinder im Ausland gekürzt wird. 26 % der Betreuungskräfte sehen sich gezwungen, ein höheres Honorar von ihren Klient\*innen zu verlangen und 24 % wollen sich eine gleiche Tätigkeit in einem anderen EU-Land suchen. (Quelle: „Altern in Würde“)

### Fachkräfte- und Personalmangel:

- Österreichweit fehlen Tausende Pflegekräfte in Alten- und Pflegeheimen. Allein in Oberösterreich werden bis 2025 rund 1.600 zusätzliche Pflegekräfte benötigt. In Kärnten fehlt jetzt schon 20 % an Personal in der Altenpflege. In Vorarlberg wandern Fachkräfte zunehmend in die Schweiz ab, weil dort die Bezahlung besser ist. (Quelle: ORF, Soziallandesrat OÖ)
- Eine Studie der Arbeiterkammer zur Arbeitssituation in oberösterreichischen Krankenhäusern und Pflegeheimen ergab, dass generell 20 % mehr Personal nötig wären.

# Pflege im Kapitalismus: Prothesen & Profite

„Die Maßnahme ist Teil der Pläne zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters. Ziel ist die Erhaltung der Erwerbsfähigkeit und die Verlängerung der gesunden Lebensjahre“. Dieses Zitat zur „Gesundheitsvorsorge Aktiv“, die die bisherige Kur ersetzt,

be in der Pflege aus. Denn es zeigte sich, dass Sanitätswesen und Pflege von Verwundeten entscheidend für die Frage von Sieg und Niederlage waren. So war Florence Nightingale, zentral in der Entwicklung einer modernen Pflegeausbildung, zuallererst für den

Heim- bzw. Betreuungsplätze (nicht nur für Ältere, sondern besonders auch für Menschen mit Beeinträchtigungen), fehlende Anpassungen beim Pflegegeld (auf der anderen Seite größere Hürden für den Zugang dazu dank SPÖVP 2015) usw. sorgen dafür, dass Pflegearbeit und -kosten auf Pflegebedürftige und Angehörige abgewälzt werden. Die Legalisierung der 24-Stunden-Pflege ohne Qualifikation 2007 ist Sinnbild dafür. Der Mangel an leistbarer, qualifizierter Pflege und das Chaos, das daraus entsteht, werden nicht bekämpft, sondern einfach hingenommen. Dabei entsteht ein undurchsichtiger und sehr lukrativer Markt: Über 800 Agenturen vermitteln über 60.000 24-Stunden-Pflegekräfte in Österreich und können in dieser rechtlichen Grauzone mit undurchsichtigen Verträgen ordentlich Profite machen.

Fürs Kapital werden eigentlich schon „unwertbare“ Pflegebedürftige damit doch wieder interessant, auch wenn sie sich keine Plätze in luxuriösen Heimen leisten können – trotz der eher niedrigen Renditen und dank der Sicherheit, dass es genug „Kund\*innen“ gibt und der oft schwachen gewerkschaftlichen Organisation. In Deutschland hat die Pflegeversicherung (neben der weiterhin Selbstbehalt zu zahlen sind) in den 1990ern zu einer Beschleunigung der privaten Investitionen in den Pflegesektor geführt. Sie stellt sicher, dass Steuergelder in die Kassen von Pflegekonzern-

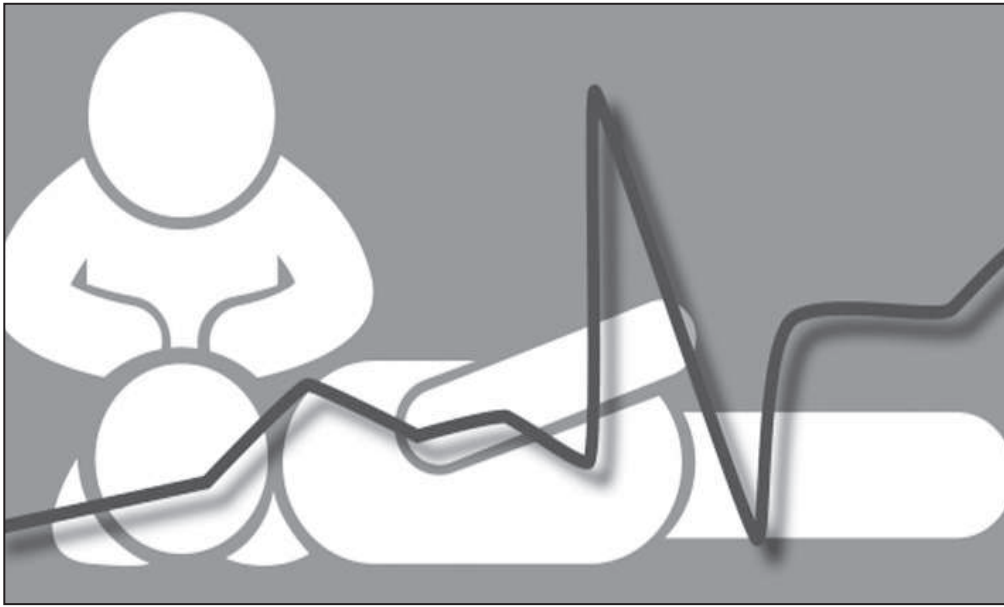
## Die Arbeiter\*innenbewegung muss jeden Versuch, die Pflege zu privatisieren, bekämpfen.

erklärt, warum es im Kapitalismus überhaupt Pflege gibt. Es geht nicht ums Wohlbefinden. Das Kapital braucht „Menschenmaterial“ in Form von Arbeitskräften, mit dem es Profite erwirtschaften kann. Der Staat hat die Aufgabe, das kapitalistische System langfristig abzusichern. Also auch, sicherzustellen, dass die benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Eine dieser Aufgaben ist die „Reparatur“ „beschädigter“ Arbeitskräfte durch das Gesundheitssystem. Hier spielt Pflege eine wichtige Rolle – als eine Leistung, für die der Staat im Sinne des Kapitals Gelder verwendet, wenn auch gegen den Widerstand von Teilen des Kapitals, die diese Ausgaben lieber über Subventionen oder Steuergeschenke einstreifen möchten.

In der Entwicklung der Pflege spielen militärische Fragen eine zentrale Rolle. Im 19. Jahrhundert lösten Kriege zur Durchsetzung nationalstaatlicher Interessen Entwicklungsschü-

britischen Imperialismus von großer Bedeutung: Sie reorganisierte im Krimkrieg das Sanitätswesen und brachte seine Reform auf Schiene. Von ihrem Krankenpflegebuch „Notes on Nursing“ erschienen zwei Schwerpunktausgaben: Eine für professionell pflegende und eine in einfacher Sprache „...for the labouring classes“ („für die arbeitenden Klassen“) – also für Frauen, die Angehörige pflegen.

Das deutet eine wichtige Unterscheidung in der Pflege an: Auch Menschen, für die das Kapital keine Verwendung (mehr) hat, brauchen Pflege: Menschen, die körperliche, seelische oder geistige Beeinträchtigungen haben, die wegen ihres hohen Alters oder Verschleißerscheinungen im Produktionsprozess nicht mehr profitabel verwertbar sind. Hier Staatsgelder zur Verfügung zu stellen, ist nicht im Interesse des Kapitals. Dementsprechend prekär ist die Lage. Lange Wartelisten für



nen fließen und schafft einen Markt für aufgestautes Kapital, welches sonst keine profitablen Ventile findet. Dieselbe Logik stand auch hinter der Pensionsreform 2003: Das „3-Säulen-System“ öffnete vor allem privaten, profitorientierten Anbietern einen Markt. Durch das Ausbluten der öffentlichen Säule und der betrieblichen Säule wurden die Menschen mehr und

## Nur durch den Sturz des Kapitalismus können wir Pflege nach den Bedürfnissen der Menschen organisieren.

mehr in den privaten Markt gezwungen, und mussten dafür beim Finanzcrash 2007-8 zahlen. Es liegt auf der Hand: Alles, was einem System überlassen wird, das auf Profit basiert, muss profitabel gemacht werden. Die Erfahrung aus den USA zeigt: Private Vorsorgemodelle können für die Anbieter profitabel sein, weil sie teuer sind – sie können aber auch profitabel sein, weil sie zwar leistbar, dafür aber grottenschlecht sind. Am privaten Markt muss alles in billigstmöglicher Qualität zum teuerstmöglichen Preis verkauft werden. Auch Gesundheit.

Von den 850 Alten-/Pflegeheimen in Österreich werden knapp 450 von privaten Trägervereinen geführt. Der private Pflegebereich gibt auch Religionsgemeinschaften die Möglichkeit, ihren Einfluss auszubauen (Caritas, Diakonie,...). Die Auslagerung bringt eine Spaltung der Be-

schäftigten, die oft die gleichen Tätigkeiten zu unterschiedlichen Löhnen und Arbeitsbedingungen in unterschiedlichen Kollektivverträgen erledigen (Sozialwirtschaft, Konfessionelle Pflegeheime, Landesbedienstete,...) und getrennt verhandeln. Das schwächt unsere Verhandlungsposition. Caritas & Co gehorchen letztlich den gleichen kapitalistischen Prinzipien

wie die Regierungsparteien: Das wird gerade bei den aktuellen Kollektivvertragsrunden wieder deutlich, wo die Geschäftsführung die Regierungsmaßnahmen ausnutzt, um die Beschäftigten auszupressen.

Private Pflegeheime arbeiten im Auftrag der Länder und bekommen einen Fixbetrag pro Pflegebett und Monat bezahlt. Möglichkeiten, bei den Ausgaben zu sparen, um die Profitspanne zu erhöhen gibt es viele, wie Personal, Pflegematerial, Investitionen wie nötige Renovierungen und Ausbesserungen, Qualität von Nahrungsmitteln. Das nutzen Konzerne wie SeneCura, Teil der französischen Orpea-Gruppe, die jährlich €2,8 Mrd. umsetzt. Die bürgerlichen Medien informieren über das „Problem“, dass Menschen, die „zu lange“ leben eine Belastung für die Gesellschaft sind. Das Kapital bemüht sich gleichzeitig, aus

ihren Gebrechen noch Gewinne zu schlagen. Goldman Sachs stellt sogar die Frage, ob die Heilung von Patienten ein nachhaltiges Geschäftsmodell ist, weil keine wiederkehrenden Einnahmen, wie bei chronischen Therapien, möglich sind.

Dieser Zynismus ist die eine Seite der Pflege-Privatisierung. Die andere Seite ist die, mit der keine Profite zu machen sind. V.a. Frauen werden gezwungen, das fehlende öffentliche Angebot mit unbezahlter Angehörigenpflege zu Hause zu ersetzen: Während des Wartens auf einen Vollbetreuungsplatz, zusätzlich zur nicht ausreichenden mobilen Betreuung, bei „blutigen Entlassungen“ aus Krankenhäusern usw.

Während wir gegen jede Form der Pflegeprivatisierung auftreten, muss uns klar sein: Staatliche Pflege im Kapitalismus ist nicht die Lösung der Probleme. Wer einmal mit dem aktuellen Pflegeschlüssel in öffentlichen Pflegeheimen gearbeitet hat oder ohne Zusatzversicherung zur Notaufnahme in ein überfülltes Krankenhaus musste, weiß das. Je deutlicher die Krise des Kapitalismus, umso härter die Angriffe auf den gesamten öffentlichen Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereich. Der Staat gibt gerade so viel Geld aus, wie nötig ist, um das System mehr schlecht als recht am Laufen zu halten. Alles, was darüber hinausgeht, musste und muss von der Arbeiter\*innenbewegung erkämpft und verteidigt werden.

Flo Klabacher, Pflegehelfer



## Marx aktuell

**9,7 Milliarden** Stunden werden jährlich für unbezahlte Tätigkeiten wie Hausarbeit, Kinderbetreuung, die Pflege von Kranken aufgewendet. Zwei Drittel davon leisten Frauen. All das ist notwendig, um Arbeitskraft zu reproduzieren. Arbeitskraft lässt sich somit auch als Ware definieren, deren Wert sich in den Reproduktionskosten ausdrückt.

Marx selbst hat sich damit nur indirekt, im Rahmen der Reproduktion der Arbeitskraft, beschäftigt. Wie und in welcher Form diese Reproduktion stattfindet, orientiert sich an den Produktionsprozessen im Kapitalismus und ist integraler Bestandteil der kapitalistischen Ausbeutung: „Der kapitalistische Produktionsprozess, im Zusammenhang betrachtet oder als Reproduktionsprozess, produziert also nicht nur die Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapital-

## Reproduktionsarbeit im Kapitalismus

*verhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten auf der anderen Seite den Lohnarbeiter.“ (Karl Marx, 1. Band Kapital)*

Das Kapital ist darauf angewiesen, dass die Ware Arbeitskraft zur Verfügung steht und daraus ergeben sich zwei Formen der Reproduktionsarbeit. Aus vor-kapitalistischen Produktionsformen wurde ein Teil der Reproduktion im Haushalt belassen. Damit wurde auch der patriarchale Charakter, also die Unterdrückung der Frau, übernommen. Dieser unbezahlte Teil der Reproduktionsarbeit dient als Ressource, auf die jederzeit zurückgegriffen werden kann.

Erkämpft von der Arbeiter\*innenklasse, aber auch weil es die kapitalistische Produktion v.a. in Aufschwungzeiten notwendig machte, entwickelte sich auch die bezahlte Reproduktionsarbeit.

Das Verhältnis dieser bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten ist nicht konstant. Das erleben wir, wenn in Krisenzeiten Kürzungen im Sozialsystem vorgenommen werden, und damit die Arbeit wieder zurück in den Haushalt verschoben wird, also größtenteils an Frauen. Oder umgekehrt, wenn mehr Arbeitskräfte vom Kapital benötigt werden und damit bezahlte Reproduktionsarbeit ausgebaut wird – z.B. durch Betriebskindergärten.

Mit der Entwicklung eines gesellschaftlichen Überschusses (also mehr als zum unmittelbaren Überleben nötig ist) von Privateigentum und in Folge von Klassengesellschaften entstand auch die Frauenunterdrückung. Die gesellschaftliche Abwertung von Reproduktionsarbeit ist damit untrennbar verbunden. Als Sozialist\*innen kämpfen wir für die Vergesellschaftung der gesamten Reproduktionsarbeit. Im Kapitalismus erkämpfte Verbesserungen sind nicht von Dauer. Die vollständige Vergesellschaftung ist nur möglich durch eine Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und damit die Überwindung des Kapitalismus. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft fällt die Trennung von privater und gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion wird eine gesellschaftliche Aufgabe.

Martina Gergits

## Zum Weiterlesen

### Fragen des Alltagslebens, Leo Trotzki:

Eine Sammlung von Reden und Artikeln, die aufzeigen, wie die junge Sowjetunion nach der Revolution das Private wie Hausarbeit und Familie politisch und gesellschaftlich aufgriff.



Im **Kapitalismus** geht es um Profite, und nicht um die Bedürfnisse von Menschen. Wie und wofür genau also im Bereich der Pflege kämpfen? Betriebliche Organisation bis hin zu Streiks für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Löhne, unter Einbeziehung von Betroffenen und Angehörigen sind unumgänglich. Der Einwand,

zialbereich, wo es ebenso um die zu betreuenden Menschen geht. Das Thema dringt immer stärker ins Bewusstsein, verbunden mit der Notwendigkeit von Solidarität zwischen Beschäftigten und Betroffenen und der Kombination von allgemeiner Betroffenheit und konkreten Kämpfen.

Ein weiterer Bereich ist ein Kampf gegen Privata-

unabhängig davon, wo jemand gepflegt wird. Dieser Mangel ist aber gemacht, denn tatsächlich würde unsere Gesellschaft über ausreichend Geld und Ressourcen für gute Pflege für alle verfügen, wird aber dafür nicht verwendet.

**Kommt eine** linke Regierung an die Macht, etwa unter Corbyn in Britanien oder Mélenchon in

tigen zu verbringen, wie sie wollen. Solche Schritte widersprechen aber der Logik und den Interessen des Kapitals und würden den erbittertsten Widerstand der Reichen provozieren. Die Verbesserungen könnten nur mit Klassenkämpfen im Rücken erreicht werden, keinesfalls durch bloßen Beschluss in einem Parlament oder Ministerium. Aber auch das wäre sehr beschränkt und angreifbar, solange das Wirtschaftssystem gleichbleibt. Denn in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft müssen Profite gemacht werden (auch von „netten“ Unternehmen). Die sozialen Bewegungen, die im Rücken sozialistischer Verbesserungen nötig sind, können nicht an einem bestimmten Punkt einfach enden, ohne das System zu überwinden oder niederschlagen zu werden.

Wer für menschenwürdige Pflege ist, muss daher für eine Gesellschaft kämpfen, in der es nicht um Profite, sondern um Bedürfnisse geht. Eine Gesellschaft, in welcher Menschen nicht Ware in Form von Arbeitskraft sind und folglich auch nicht wertlos werden, wenn sie nicht (mehr) im Sinne der Profite funktionieren. Eine sozialistische Gesellschaft

würde die schon jetzt vorhandenen Ressourcen unter anderem für gute flächendeckende Gesundheit und Pflege für alle verwenden. Wir verfügen längst über die Möglichkeiten und Ressourcen, die Gesellschaftsstrukturen so zu gestalten, dass jeder Mensch „nach seinen Fähigkeiten und nach seinen Bedürfnissen“ (Marx) leben kann. Letztendlich geht es darum, die Trennung zwischen „Staat“ bzw. „Gesellschaft“ und „Individuum“ bzw. „Familie“ aufzuheben und damit auch zwischen schwer arbeitenden und schlecht bezahlten Beschäftigten einerseits und unbezahlt pflegenden Angehörigen andererseits. Wenn es nicht mehr um Profite geht und der gesellschaftliche Reichtum für alle und nicht nur für wenige verwendet wird, dann kann Pflege in vielen Formen mit weniger Belastung stattfinden. Ob gute größere Einrichtung, betreutes Wohnen, Wohngemeinschaft, eigenes Haus, ob intensive medizinische Pflege oder individuell abgestimmte Betreuung bei Demenzerkrankungen ist dann keine Frage von Leistbarkeit, sondern von individuellem Bedürfnis und Selbstbestimmung.

**Helga Schröder**

## Das Dilemma liegt in der Wurzel, packen wir dort das Problem!

ein Streik im Pflegebereich würde auf Kosten der zu Pflegenden gehen, zieht nicht, denn das Gegenteil ist der Fall: Miese Arbeitsbedingungen, wenig Personal und niedrige Löhne treffen genauso die Pflegebedürftigen und deren Angehörige. Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich spielen daher eine Schlüsselrolle und sie finden auch statt. In der Berliner Klinik Charité fanden wiederholt erfolgreiche Streiks statt. Auch in Österreich haben Pfleger\*innen bereits erfolgreich eine Nulllohnrunde abgewehrt. Im vergangenen Jahr sahen wir einen Streik im privaten Gesundheits- und So-

tisierungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Er muss verbunden werden damit, das Geld für mehr und bessere Pflegeeinrichtungen von den Profiteur\*innen zu holen. So können wir die Einrichtungen sowohl vor privaten Profiteur\*innen als auch vor religiösen Einflüssen schützen. Wir brauchen sie stattdessen in öffentlicher Hand, unter der Kontrolle der Betroffenen, Angehörigen und Pflegenden. Nur so können wir sie für alle leistbar zugänglich machen. Die ständige Diskussion über Pflegeversicherung und Pflege zu Hause versus Pflege in Einrichtungen lenkt davon ab, dass schlicht Mangel herrscht,

Frankreich, dann müssten Milliarden in öffentlich organisierte gute Pflege für alle durch gutbezahlte und gut ausgebildete Profis investiert werden. Das Geld dafür müsste sie sich von großen Unternehmen und Reichen holen. Die jetzt von privaten Eigentümer\*innen (nicht nur von Pflegeeinrichtungen, sondern auch von Unternehmen, in denen sich Menschen krankarbeiten) gemachten Profite würden dafür verwendet. Mit radikaler Arbeitszeitverkürzung und radikaler Personalerhöhung würden gleichzeitig die Arbeitsbedingungen der Pflegenden verbessert und es Angehörigen ermöglicht, so viel Zeit mit den Pflegebedürf-

# Jugend im Burnout

Das Sozialministerium schreibt 2017, dass 8% der Befragten unter Burnout leiden und 36% unter einer Vorstufe. Besonders hoch ist der Wert bei unter 30-jährigen: Drei von zehn Lernenden sind akut burnoutgefährdet.

Während man sich gern auf Fotos mit Kindern umgibt, intensiviert die Regierung den Druck auf Lernende weiter. In Volksschulen wird ab 2019 die Notenskala verpflichtend eingeführt und alternative Bewertungsmethoden verlieren jede Bedeutung. Für die Wahl der Unterstufe ist das Zeugnis der Volksschule entscheidend.

Auch wurde in den vergangenen Jahren der Lehrplan erweitert, ohne Wochenstunden und Lehrpersonal aufzustocken. Die Aufhebung oder Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahl führt zu überfüllten und lauten Klassen, was eine zusätzliche Belastung darstellt. An AHSen fallen außerdem die vorwissenschaftliche Arbeit und damit sich ständig ändernde Richtlinien an.

2019 werden weitere Universitäten und Studienrichtungen Zugangsbeschränkungen einführen. Parallel zur Maturavorbereitung muss so für den Aufnahme-test an einer Universität gelernt werden. Ist man aufgenommen, üben Studien-

gebühren und Voraussetzungen weiter Druck aus.

Es gibt keinen Zeitpunkt in der (Aus)Bildung, der nicht von Stress, Zukunftsängsten oder Leistungsdruck geprägt ist. Kinder bekommen von klein auf mit, dass man nur schwer einen Job bekommt. Dazu kommt auch v.a. durch die FPÖ die ideologische Offensive gegen eine angebliche „Kuschelpädagogik“. Disziplin, Zucht und Ordnung sollen die fehlenden Lehrer\*innen und Schulpsycholog\*innen ersetzen. Das Prinzip „Nur die härtesten kommen durch“ führt zu Burnout, aber nicht zu besserer Leistung.

Faktoren wie finanzielle Belastung durch Nachhilfe (25% der Lernenden), familiäre Belastung (37% der Eltern sind mit Lernenden überfordert) sowie größer werdender Personalmangel an Bildungseinrichtungen sind die materielle Grundlage für die oben genannten Probleme.

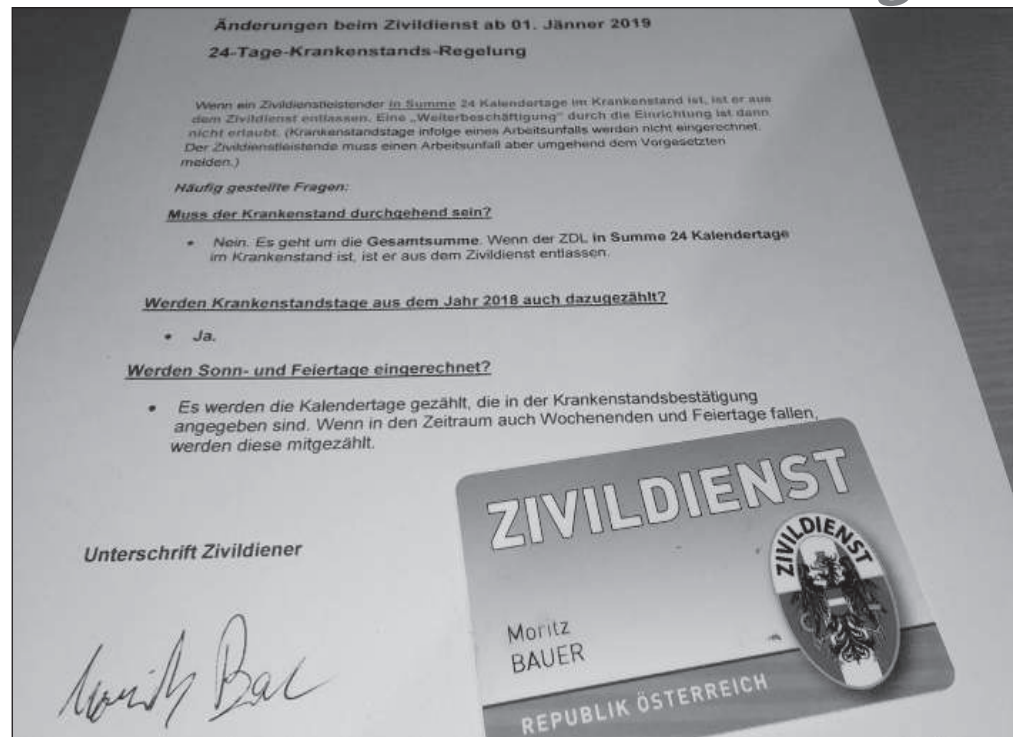
Kurzfristig braucht es mehr Ressourcen, aber langfristig braucht es ein bedürfnisorientiertes Bildungssystem mit individueller Talentförderung und demokratischer Mitsprache der Lernenden: Ein Schulsystem ohne Burnouts kann nur durch die Beseitigung des Kapitalismus realisiert werden. **Stefan Brandl**

## Es ist verantwortungslos, es nicht zu versuchen!

Im Sommer 2018 bin ich politisch aktiv geworden. Dazu kam es, weil ich einen Lehrer hatte, mit dem ich viel über Politik diskutierte. Als das Thema des EU-Gipfels in Salzburg aufkam, wurde mein Interesse, politisch aktiv zu werden größer, ich konnte mich nicht damit zufrieden geben, nur unorganisiert auf eine Demonstration gehen. Auch im Vorhinein etwas dazu beizutragen, mehr

Menschen anzusprechen war mir wichtig. Dann traf ich auf die SLP und begann mich an Aktionskomitees und Ortsgruppen zu beteiligen.

Da es noch so viele Probleme auf gesellschaftlicher und politischer Ebene gibt, fände ich es verantwortungslos, würde ich nicht zumindest helfen zu versuchen, diese zu bekämpfen. Die meisten Probleme, die mich zur Zeit am stärk-



## Zivis: Strafe fürs Kranksein

Ende 2018 wurde eine Neuerung im Zivildienstgesetz (ZDG) vom Ministerrat be-

Die verbleibende Zeit muss später, womöglich in einer anderen Stelle, nachge-

lich – absolvieren müssen. Weiters gibt es Verschärfungen bei der Anerkennung der Einrichtungen, die Zivis anfordern können.

Damit soll auf geburten-schwache Jahrgänge reagiert werden. Die vielen tausend jungen Männer, die zwangsweise zu Billigst-Arbeitskräften und Lohnrückern gemacht werden, sind notwendig, um den Betrieb z.B. im Sozialbereich trotz Personalmangels aufrecht zu erhalten. Kranksein wird als „Arbeitsverweigerung“ interpretiert – wir können sicher sein: Die Zivis sind hier nur die ersten!

**Moritz Bauer,**  
Zivildienstler

## Zivildienstler müssen künftig lange Krankenstände nacharbeiten – wer kommt als nächstes?

schlossen. Damit werden die ohnehin wenigen Rechte und schlechten Arbeitsbedingungen von Zivildienstlern weiter angegriffen.

Vorgesehen ist nun die „Vorzeitige Entlassung von Zivildienstleistenden nach 21 Tagen Krankenstand“. Weiterhin gilt die bisherige Regelung, dass Zivis maximal 18 Tage am Stück im Krankenstand sein dürfen.

holt werden. Die Bezahlung dafür ist mit 339€/Monat Grundvergütung plus 16€/Tag für Verpflegung (letztere kann zusätzlich gekürzt werden) extrem schlecht.

Dazu kommt das Ausbildungsmodul „Staat und Recht“, das Zivildienstler während der Dienstzeiten – 15 Stunden pro Tag/60 Stunden pro Woche sind inkl. Überstunden mög-

## Verräter des Monats



Foto: fsggoed.at

**Josef Hübner:** Als FSG-Gewerkschafter klagte er seinen Kollegen Köstinger, weil dieser zurecht meinte, dass die Regierung gestürzt gehört. Nun lobte er die Regierung für Rassismus, Sozialabbau und Angriffe auf Arbeiter\*innenrechte. Die FSG-Reaktion reicht nicht. Hübner hat keinen Platz in der ganzen Gewerkschaftsbewegung!

ten betreffen, haben ihren Grund im Kapitalismus. Es ist somit nötig, auf die beste Alternative hinzuarbeiten, den Sozialismus. Deshalb bin ich der SLP beigetreten, und um nicht nur selbst aktiv zu sein, sondern auch andere aufmerksam zu machen, eine starke Organisation aufzubauen, um gemeinsam Änderungen zu erkämpfen.

**Katka,** 16,  
Schülerin in Salzburg



# Brexit-Krise in Britannien

**Wenige Wochen** vor dem Brexit-Datum steckt die Tory-Regierung in einer tiefen Krise. Ein Brexit ohne Vertrag mit der EU ist der Albtraum des Hauptteils der herrschenden Klasse. Sie hatte den Brexit größtenteils nicht unterstützt, zu groß war die Sorge um den Verlust ihrer Profite durch eine Lähmung des Handels und die Einführung von Zöllen. Wie es weitergeht, ist völlig offen. Gro-

damit besserer Verhandlungsposition eigene Handelsverträge mit der EU und Anderen vereinbaren. Nicht nur die Tories, sondern auch Labour ist in der Brexit-Frage gespalten. Der Labour-Vorsitzende Corbyn war früher, als linker Hinterbänkler, immer gegen die EU. Jetzt folgt er den Mehrheitsbeschlüssen der Partei, also einer pro-EU-Position. Das hat den rechten Flügel („Blairites“) ge-

nen, Verkehrsverzögerungen etc. Aber wenn Britannien aus der EU-Freizone fliegt, ist eine harte Grenze beinahe unvermeidbar.

**Die Grenze** hat tiefe historische und emotionale Bedeutung. Sie war ein wichtiger Grund für den Nordirlandkonflikt, der erst 1998 endete. Für die Einigung spielte es eine große Rolle, dass Britannien und

von der etablierten Politik im Stich gelassen fühlt. Die Versprechen der EU glauben sie längst nicht mehr. Seit dem Referendum wurden Pro-Brexit Wähler\*innen mit einer Wucht an herablassender Propaganda durch die kapitalistischen Medien überflutet. Aber die Arbeiter\*innen verstehen sehr gut, dass die EU ein kapitalistischer Handelsblock ist, eine Front des globalisierten Neoliberalismus, dass der EU-Gerichtshof Arbeiter\*innenrechten feindlich gegenüber steht, dass die EU Länder wie Griechenland in tiefe Armut zwingt, um die Profite des Kapitals zu verteidigen... Gerne wird der Brexit im Zusammenhang mit dem Aufstieg der extremen Rechten in Europa gesehen, dabei wurde die rechts-extreme UKIP bei den anschließenden Wahlen heftig abgestraft und die neuerdings stark links ausgerichtete Labour-Party konnte deutlich dazugewinnen.

**Trotzdem** ist die Mehrheit der Gewerkschaften gegen den Brexit, weil ihre Führung sich auf die EU und ihre Institutionen für die Verteidigung von Arbeiter\*innenrechten stützt, anstatt ihre Mitglieder für Kämpfe zu mobilisieren. Allerdings können Arbeiter\*innen niemals auf kapitalistische Institutionen wie die EU vertrauen.

Sozialist\*innen müssen Illusionen der rechten Gewerkschaftsführung in die EU bekämpfen und Corbyn unter Druck setzen, die Forderungen nach einem Brexit der Arbeiter\*innen aufzugreifen. Für einen Politikwechsel braucht es Neuwahlen. Um zu diskutieren, wie man diese durchsetzen kann sollte sofort eine Notfallkonferenz der Arbeiter\*innenbewegung einberufen werden. Sie muss allen Kräften offenstehen, die sich gegen die Sparpolitik stark machen. Auch Kräfte außerhalb der Labour-Partei wie die Socialist Party oder die linke Transportarbeiter\*innengewerkschaft RMT müssen eingeladen werden. Dort muss diskutiert werden, wie Neuwahlen durchgesetzt werden können. Es müssen aber auch Strategien zur Demokratisierung von Labour und für einen Kampf gegen die Sabotageversuche des rechten Parteiflügels entwickelt werden. Wichtiger Eckpunkt für eine solche Strategie muss ein sozialistisches Programm sein. Dazu gehört die Forderung nach der Verstaatlichung der Banken und der Großunternehmen unter demokratischer Kontrolle der Arbeiter\*innen.

**Roger Bannister,**

Mitglied des Bundesvorstandes der Socialist Party England und Wales,  
[www.socialistparty.org.uk](http://www.socialistparty.org.uk)

## *Für ein sozialistisches Europa der Arbeiter\*innen statt dem kapitalistischen Chaos der Herrschenden.*

ße Teile des Establishments hoffen auf ein zweites Referendum, was aber die schon angeschlagene Glaubwürdigkeit von demokratischen Institutionen weiter untergraben würde.

Mays Deal mit der EU war genau das, was die bewussteren Teile der herrschenden Klasse forderten: Eine formelle Abkehr von der EU während so viele Verbindungen wie möglich aufrechterhalten werden. Britannien stünde für eine Übergangsperiode von zwei Jahren weiterhin unter EU-Recht. Nach dem Ende dieser Phase würde Britannien immer noch für weitere acht Jahre einigen EU-Regeln und der Unterordnung unter den Europäischen Gerichtshof unterliegen. In dieser Zeit könnte Britannien in Ruhe und

stärkt. Sie sehen eine Chance, den Brexit im letzten Moment zu stoppen und setzen Corbyn unter Druck. Der kontert, dass Labour den Brexit aus Respekt vor dem Ergebnis des Referendums unterstützen würde, stellt sich aber korrekterweise gegen Mays Deal und fordert Neuwahlen. Anders als Corbyn unterstützt der Labour-Parteitag aber die Idee eines zweiten Referendums, wenn Neuwahlen nicht möglich sind.

Besonders bedeutsam ist der sogenannte "Nordirland Backstop". Hier gilt es zu verhindern, dass die bisher praktisch offene Grenze zwischen Nordirland und der Irischen Republik zu einer EU-Außengrenze wird. Keiner der Beteiligten will die Einführung einer harten Grenze, mit Zollstatio-

Irland beide in der EU waren. Während Nordirland mehrheitlich gegen einen Brexit stimmte, war die sektiererische, protestantische „Democratic Unionist Party (DUP)“ dafür. Mit ihr ist keine Annäherung an die irische Republik zu machen und weil Mays Tories keine Mehrheit der Stimmen im Parlament besitzen, hängt das Überleben ihrer Regierung von der Unterstützung der DUP ab.

Umfragen zufolge ist die britische Arbeiter\*innenklasse überwiegend für den Brexit, die Mittel- und Oberschicht dagegen. Die Wahlbeteiligung war höher als bei den meisten Wahlen, weil das Referendum eine Schicht von Arbeiter\*innen zusätzlich mobilisierte, die sich

# Italien: Budget ist Mogelpackung

**Wie sozial sind die Maßnahmen der italienischen Regierung?**

**Giuliano Brunetti von Resistenza Internazionale:** Die Regierung musste im Konflikt mit der EU-Kommission das Budget ändern, das weiterhin starke Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben vorsieht. Die Prestigeprojekte "Quota 100" Pensionsreform und Bürgergeld sind zwar vorgesehen, aber mit weniger Mitteln. Die Pensionsreform wird nur wenige Beschäftigte im Norden treffen. Für den Rest bleibt die harte „Fornero-Reform“. Das Bürgereinkommen bekommt nur, wer bereit ist, jede Arbeit anzunehmen – und für maximal 18 Monate. Wer Wohnung, Haus oder mehr als 5.000 Euro auf der Bank hat, erhält es nicht. Und bei Ausgabenüberschreitungen bis 2020 steigt die Mehrwertsteuer auf 26,5%.

**Die Regierung präsentiert sich als Kämpferin gegen die EU...**

Sie hat keinen Kampf geführt, weil sie den neoliberalen Plan aus Brüssel teilt. Die italienische herrschende Klasse will Kürzungen und Privatisierungen fortsetzen. Die "sozialen Maßnahmen" im Budget dienen der Stabilität der Regierung, für die man ein Auge zugedrückt hat. Das Manöver der EU-Kommission bringt die

italienische Regierung und die Bourgeoisie in eine ausgezeichnete Situation: Sie konnten ihre eigenen Vorschläge, von denen sie ohnehin nicht überzeugt waren, zurückfahren und gleichzeitig Brüssel für Kürzungen verantwortlich machen. Perfekt!

**Wie würde eine sozialistische Regierung ein "Budget ohne Kürzungen" verteidigen?**

Auf die Vertretung durch Personen oder Parteien zu setzen, die das Schlachtfeld verlassen, weil sie mit dem Gegner übereinstimmen, bringt uns nichts gegen die Abwärtsspirale von Kürzungen. Um mit den neoliberalen Verträgen der EU und mit der italienische Bourgeoisie, die das soziale Massaker geschaffen haben, zu brechen, brauchen wir ein Programm, das der Aufgabe gewachsen ist. Ein antikapitalistisches Programm, das darauf abzielt, die Schlüsselsektoren der Wirtschaft und des Bankensektors zu verstaatlichen und unter Kontrolle der Arbeiter\*innenklasse zu stellen. Dazu ist es notwendig, eine Bewegung aufzubauen, um jene radikalen Maßnahmen zu verteidigen und um auf die Drohungen durch die italienischen und europäischen Kapitalist\*innen entsprechend zu reagieren.



# Massenbewegung in Serbien

**Seit Dezember** sind jede Woche Zehntausende gegen Präsident Vucic auf den Straßen Serbiens, u.a. in Belgrad, Novi Sad und Niš. Ausgelöst wurde die Protestwelle im No-

gliedern der "Oppositionsparteien" angeführt, die vor Vucic an der Macht waren, linke Forderungen versuchen sie draußen zu halten. Sie sind für zwei Jahrzeh-

Der Hintergrund ist die verzweifelte soziale Lage. Die Gehälter der meisten liegen unter 400 € pro Monat, und viele warten monatelang auf Bezahlung, die oft gar nicht kommt. Weil viele Junge in Serbien keine Zukunft sehen, verlassen sie das Land.

Aktivist\*innen der Protestbewegung müssen Forderungen gegen diese soziale Krise aufstellen und Führung und Charakter der Proteste ändern. Dazu gehört die Anhebung des Mindestlohns (liegt bei knapp über 1.-/Stunde) und das Ende der Privatisierungen. Das könnte viel breitere Schichten der Arbeiter\*innenklasse mobilisieren und eine solche Bewegung würde Vucic wirklich Angst machen.

**Brettros**

*Wenn die Arbeiter\*innen und ihre Forderungen die Proteste dominieren, wird es für Vucic gefährlich.*

vember von einem blutigen Angriff auf einen Oppositionspolitiker. Rasch standen Pressefreiheit und Korruption im Zentrum. Die Bewegung der "gelben Westen" in Frankreich diente als Inspiration.

Aktuell werden die Demonstrationen von Mit-

te von Sparmaßnahmen und Privatisierungen verantwortlich, was sie in den Augen vieler Arbeiter\*innen und Jugendlicher diskreditiert. Aber ohne ein klar linkes Angebot wurden viele Menschen trotz dieser "Führung" von der Bewegung angezogen.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Nigeria: Kandidatur

**2012** gründete Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria) mit Gewerkschafter\*innen und anderen Aktivist\*innen die Socialist Party Nigeria (SPN). Doch erst nach jahrelangem politischen und rechtlichen Kampf wurde die Partei 2018 offiziell zugelassen. Nun kandidiert sie bei den Parlamentswahlen im Februar in vielen Regionen. Sie fordert u.a. die Verstaatlichung der Reichtümer und In-

dustrien des Landes unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten. Im Unterschied zu den anderen Parteien setzt die SPN im Wahlkampf nicht auf Geld und Wahlgeschenke – sondern auf Massenbewegungen und Arbeitskämpfe. So war sie eine treibende Kraft der großen Proteste für einen Mindestlohn von 30.000 Naira im Jänner, z.B. in Lagos, Abuja und Oyo.

[socialistpartyofnigeria.blogspot.com](http://socialistpartyofnigeria.blogspot.com)

## USA: Lehrer\*innenstreik

**In Los Angeles** streikten im Jänner über 30.000 Lehrer\*innen für kleinere Klassen und höhere Löhne – über 90% der Schulen blieben geschlossen. Socialist Alternative (CWI in den USA) beteiligte sich aktiv am Streik, sowohl auf den Massendemonstrationen mit 40.000 und über 60.000 Teilnehmenden, als auch bei den Streikposten. Eine gemeinsame Veranstaltung mit Streikenden wur-

de organisiert und per Livestream ausgestrahlt. Socialist Alternative fordert massive Steuern auf Reichtum, um das Bildungssystem zu finanzieren. Gleichzeitig machen sie klar: „Das ist ein Kampf um das ganze öffentliche Bildungssystem – ein Kampf der Arbeiter\*innenbewegung gegen Privatisierung, gegen Neoliberalismus und die Klasse der Milliardär\*innen“.

[Socialistalternative.org](http://Socialistalternative.org)

## Indien

**Mehr als 200 Millionen** Arbeiter\*innen streikten am 8. und 9. Jänner in Indien. Ihre Wut richtet sich gegen Präsident Modi und seine rassistische Politik für die Reichen. New Socialist Alternative (CWI in Indien) war mittedrin: In Bangalore wurde eine Streikversammlung mit 3.000 Beschäftigten mitorganisiert. CWI-Aktivist\*innen wurden von verschiedenen TV-Stationen interviewt.

[Socialism.in](http://Socialism.in)



Foto: bildarchiv.wiener.at

# 100 Jahre Wahlrecht: Lässt sich Kapitalismus abwählen?

**Eine Person** – Eine Stimme. Das Konzept leuchtet ein und sollte doch dazu führen, dass Politik im Sinne der Mehrheit gestaltet wird. Seit 1848 geisterte die Forderung nach dem allgemeinen, freien und gleichen Wahlrecht durch radikal-

Kämpfe nötig, alles könne dann über das Parlament erreicht werden. Was würde dann die Mehrheit der Wähler\*innen daran hindern, den Staat zu übernehmen, Löhne und Arbeitszeiten gesetzlich festzulegen, die Monarchie ab-

tie geschaffen, wie wir sie heute noch haben. Diese Rätedemokratie endete nicht vor dem Betriebstor: Statt Kapitalist\*innen die Macht über die Wirtschaft zu lassen, wurde auch diese von Räten verwaltet und geplant. Das nahmen die Kapitalist\*innen nicht einfach hin und zogen Russland in einen langen und blutigen Bürgerkrieg.

Zwar dämpft der Staat viele Klassenkonflikte, die eben nicht immer mit Gewalt ausgetragen werden, aber er schafft sie nicht ab. Daran ändert auch das Wahlrecht nichts. Dort, wo Arbeiter\*innenparteien die Mehrheit hatten und sie genutzt haben, um an den Grundfesten des Kapitalismus, dem Privateigentum an Produktionsmitteln, zu rütteln, griffen die Kapitalist\*innen zu den Waffen; so wie in Frankreich 1871, in Chile 1973 oder im Iran 1979. Selbst das „Rote Wien“, das so ohne die revolutionären Ereignisse von 1918/9 nicht möglich gewesen wäre, wurde 1934 durch Gewalt vernichtet. Demokratie im Kapitalismus ist eben nur in engen Grenzen und auf Zeit möglich. Erfordert es die politische und/oder wirtschaftliche Situation, setzen die Herrschenden auf Diktatur. Alleine, „Freie Wahlen“ schützen die Arbeiter\*innenbewegung nicht vor der Gewalt der Herrschenden. Oft genug fühlten sich sozialdemokratische Parteien, die ja auf diesen Kurs setzten, so sicher im Staat, dass sie die Gewalt der Bürgerlichen dann umso mehr überraschte und diese umso blutiger wüten konnten, wie z.B. 1933 in Deutsch-

land. Marx hatte schon 1875 der Sozialdemokratie in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ aufgezeigt, dass sie die Befreiung der Arbeiter\*innenklasse nicht im bürgerlichen Staat erreichen kann: „Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben [...] an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben [...]“

Auch in Russland versuchten viele 1917 vergeblich, eine bürgerliche Demokratie einzuführen. Anders die Bolschewiki; sie wussten: Die Fragen der Demokratie und die des Sozialismus müssen, spätestens im 20. (und sowieso im 21. Jahrhundert), in dem sich der Kapitalismus längst international durchgesetzt hat, in einem Rutsch geklärt werden. Es nützt nichts, sich auf die Macht im Staat zu beschränken, es braucht auch die Macht über die Produktionsmittel. Sozialist\*innen setzen auf die soziale Revolution als Anfang von echter Demokratie. So wird eine Gesellschaft möglich, die weit über das hinausgeht, was 1919 erreicht wurde und bis heute in Österreich und anderswo existiert.

**Till Ruster**

## *Der Kampf ums Wahlrecht war einer der ersten, den sozialdemokratische Parteien aufnahmen: Eine Bilanz.*

idealistische, auch bürgerliche Kreise. Die junge Arbeiter\*innenbewegung nahm sie gerne auf und übernahm auch die Debatte um das Frauen-Wahlrecht. Bis das endlich in die Forderungen aufgenommen wurde, brauchte es aber einen langen und heftigen Kampf von Marxist\*innen und proletarischer Frauenbewegung. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Bürgerlichen schon längst wieder die Bühne der Revolution verlassen und überall war es die Arbeiter\*innenbewegung, die das allgemeine Wahlrecht erkämpfte. Die Rechnung war einfach: Die Arbeiter\*innen, spätestens zusammen mit der armen Landbevölkerung, stellen die Mehrheit im Staat. Wenn es gelänge, ihr das Wahlrecht zu erkämpfen, wären keine weiteren

zuschaffen und schließlich den Sozialismus einzuführen? Und das alles ganz ohne entbehrungsreiche Streiks, Demonstrationen und vor allem: Ohne Gewalt. Diese Argumente brachte auch die Führung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ)“ 1918/19, als sie sich mit der Rätebewegung konfrontiert sah. Die Arbeiter\*innen eiferten der russischen Oktoberrevolution nach, in der diese Räte nur ein Jahr zuvor den Zarismus ersetzt hatten. In Betrieben, durch Soldaten, Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften wurden Räte gewählt und von dort aus Delegierte in zentralere Räte geschickt, um sehr direkt über die eigenen Geschicke zu bestimmen. Hier wurde ein Gegenstück zur bürgerlichen, repräsentativen Demokra-

**War das** allgemeine Wahlrecht eine Alternative dazu? Lässt sich Kapitalismus abwählen? Lassen sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, also zwischen Kapitalist\*innen und Proletariat, in einem Parlament versöhnen? Hinter diesem Gedanken steht eine Vorstellung vom Staat als „scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht“ (Engels). Aber Marxist\*innen wissen: Jeder Staat ist ein Klassenstaat. Z.B. wird „Schutz des Eigentums“ in jeder bürgerlichen Verfassung groß geschrieben. Gemeint ist der Schutz des Eigentums der herrschenden Klasse gegen „Umverteilung“ nach unten! Es geht nie um das „Gemeinwohl“, sondern um das Wohl ganz Weniger. Der Bürgerliche Staat schützt zuerst die bürgerliche Klasse, über Gesetze, Polizei und Gefängnisse.

# Fünf Gründe, warum...

**1** Ein höherer Bezug schützt nicht vor Korruption. Das Gehalt für einen Ministerposten beträgt Brutto über 17.000 im Monat. Trotzdem kommt es zu Korruption (siehe Grasser) – gerade jene, die am

...wir einen

Arbeiter\*innenlohn

für politische Mandate fordern.

besten verdienen, sind oft die Korruptesten.

**2** Abgehobene Politiker\*innen sind im Kapitalismus allgegenwärtig. Doch sie sollen die Lebensumstände der Personen teilen, welche sie in der Politik vertreten. Eine Familienministerin mit 17.000 im Monat hat nicht dieselben Sor-

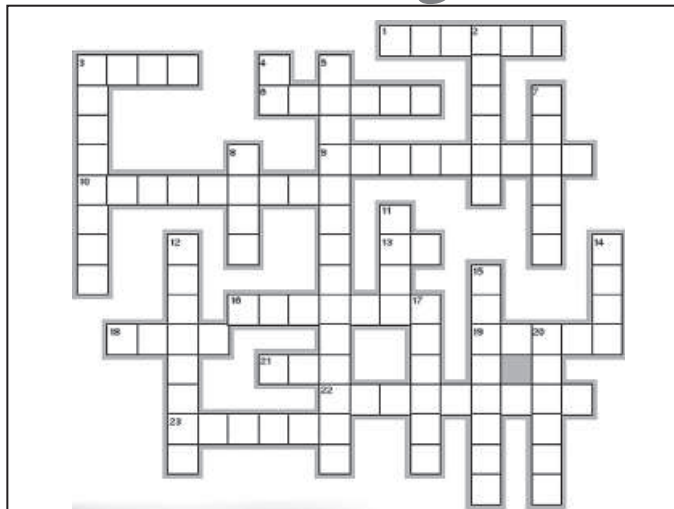
gen wie eine arbeitslose alleinerziehende Mutter mit drei Kindern. Deswegen müssen vor allem Vertreter\*innen der Arbeiter\*innenbewegung Durchschnittslöhne bekommen.

**3** Politiker\*innen „verdienen“ ihre Bezüge auch nicht dadurch, dass sie besonders gut qualifiziert sind, um im Sinne der Bevölkerung zu arbeiten. Sie sind darin qualifiziert, möglichst effizient für das Kapital zu arbeiten. Bildungsminister Faßmann's „Qualifikation“ ist es, Schulsysteme möglichst

nach konservativen Kriterien umzubauen. Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema ignoriert er bewusst.

**4** Als Begründung für die Spitzenbezüge wird oft gebracht, dass die Politiker\*innen so viel arbeiten. Kanzler Kurz verdient 10mal mehr als Durchschnittsbeschäftigte, aber auch sein Tag hat nur 24 Stunden.

**5** Echte, sozialistische Demokratie hebt die Trennung von „Politiker\*innen“ und „normale Menschen“ auf: Wir sollten alle in unseren Lebensbereichen mitbestimmen und gesellschaftliche Abläufe gemeinsam planen können. Durchschnittslöhne für Politiker\*innen können dafür nur ein erster Schritt sein.



**Waagrecht**

**1** Ziel kapitalistischer Produktion **3** Säulen der schwarz-blauen Pensionsreform **6** Deutsche Hauptstadt **9** Anderes Wort für Reichtum **10** Gegenteil von Westeuropa **13** Anarchy in the... **16** Sozialorganisation der katholischen Kirche **18** Karl mit Bart **19** Seneca ist Teil von... **21** Aufenthalt zur Rehabilitation **22** Großer Teil von Frauenarbeit ist... **23** Vorsitzender der Labour Party (GB)

**Senkrecht**

**2** Keineswegs ein „schwaches Geschlecht“ **3** Sozialorganisation der evangelischen Kirche **4** Inselstaat in Europa **5** Verkauf von Staatsbetrieben **7** Leider doch antastbar! **8** Halbinsel im Schwarzen Meer **11** Unfallversicherung in Österreich **12** Reorganisierte das Sanitätswesen **14** Erstellt Umfragen **15** Heimat vieler Pfleger\*innen **17** Kampfform – auch in der Pflege möglich **20** Inhalt der Seiten 7–10

Sende Kopie oder Foto des fertigen Rätsels „Pflege“ an slp@slp.at oder SLP, Pappenheimg. 2/1, 1200 Wien – unter allen Einsendungen verlosen wir ein Vorwärts-Jahresabo.

## Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



## Burschenschaften: Elitär und brandgefährlich!

**Burschenschaften** sind elitäre ultrarechte Netzwerke. Sie stehen für

schon legalem Rechtsextrémismus und der militanten Neonaziszene. Un-

neten der FPÖ sind Burschenschafter. Vizekanzler Strache ist selbst Mit-

sie jede Ballsaison – etwa beim Wiener „Akademikerball“ (ehemals WKR-Ball), der jedes Jahr in der Hofburg stattfindet und von Prominenten und Politiker\*innen unterstützt wird. Gerade jetzt braucht es deswegen entschlossenen Widerstand gegen diese Kettenhunde der Reichen: auf den Straßen, in den Bildungseinrichtungen und in den Betrieben!

Lara Hofer

*Wir brauchen organisierten Widerstand von unten gegen die rechtsextremen Eliten!*

völkischen Nationalismus, Rassismus, Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ\*, Frauen und Arbeiter\*innen. Sie dienen als Kaderstätte und Verbindungsglied zwi-

ter Schwarz-Blau fühlen sie sich besonders wohl: Mit Andreas Hauer (Alemannia Wien zu Linz) sitzen sie nun auch im Verfassungsgerichtshof. 40% der Nationalratsabgeord-

glied der Vandalia Wien. Vier seiner fünf Stellvertreter als FPÖ-Chef gehören einer Burschenschaft an. Wie gut sie in den gesellschaftlichen Eliten verankert sind, zeigen

### Termin

## 8. März Tag der Frau

Am internationalen Frauenkampftag wird die neue globale Welle von Frauenbewegungen einen weiteren Höhepunkt erreichen. Die SLP und Nicht mit mir werden ebenfalls kämpferische, sozialistisch-feministische Aktivitäten setzen. Wenn du dabei sein willst, melde dich unter:

[slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### Treffpunkte

#### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Café Stockwerk'  
Jakominiplatz 18

#### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Dienstag, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Alte Welt'  
Hauptplatz 4

#### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Freitag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
(Nähe Mirabellplatz)

#### VÖCKLABRUCK

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Café Mayr'  
Bahnhofstraße 1

#### WIEN

**SLP Wien West**  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr  
in der  
'Zypresse'  
7; Westbahnstraße 35a  
(Nähe Urban Loritz-Platz)

**SLP Brigittenau 1**  
jeweils Dienstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im SLP-Büro  
20; Pappenheimgasse 2/1  
(Bei "Büro" läuten)

**SLP Brigittenau 2**  
jeweils Donnerstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im SLP-Büro  
20; Pappenheimgasse 2/1  
(Bei "Büro" läuten)



Gibt es nicht aus Profitstreben.  
Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Ab: € 24,-  
Sozial-Ab: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)  
All-inclusive-Ab: ab € 7,-/Monat  
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abz-Zahlungen & Spenden:  
IBAN: AT 2560000000000000000000  
BIC: DPSKAT33



> Berichte  
> Hintergründe  
> Analysen  
aus sozialistischer Sicht.

[www.slp.at](http://www.slp.at) | [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

